

Pressemitteilung vom 10. Juni 2015

Vorsitzender:  
Prof. Dr. Werner Schiffauer  
Kontakt:  
info@rat-fuer-migration.de  
+49 30 2007 6480  
www.rat-fuer-migration.de

## **Willkommen heißen ist nicht genug.**

### **Bei der Integration ist Deutschland gut aufgestellt – großen Nachholbedarf gibt es weiterhin in den Bereichen Antidiskriminierung, Bildung und Gesundheit**

Die vierte MIPEX-Studie zeigt, dass Deutschland in Sachen Integrationspolitik Fortschritte gemacht hat: Die Bundesrepublik erreicht laut dem „Migrant Integration Policy Index“ (MIPEX) im internationalen Ranking 61 von 100 möglichen Punkten und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt aller 38 untersuchten Länder (52 Punkte). Der MIPEX macht deutlich, wie stark politische Entscheidungen von veränderten Sichtweisen abhängen. Je stärker Deutschland sich als Einwanderungsland definiert, desto mehr Reformen sind mit Blick auf die analysierten Politikfelder nachweisbar. „Hier ist zu erkennen, dass sich die späte Einsicht darüber, ein Einwanderungsland zu sein, endlich in Politik und Gesetzgebung wiederfindet“, sagt Prof. Dr. Werner Schiffauer, Vorsitzender des Rats für Migration (RfM), einem der MIPEX-Partner in Deutschland.

Für die Studie wurde allein die Rechtslage und die deutsche Integrationspolitik in den Blick genommen. Hier hat sich Deutschland vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt (Platz 4) und Einbürgerung (Platz 3) positiv entwickelt, während die Bundesrepublik mit ihrer Antidiskriminierungs- und Gesundheitspolitik (jeweils Platz 22) eher zu den schwach abschneidenden Ländern gehört. „Auf diesen Ergebnissen können wir uns nicht ausruhen“, sagt Schiffauer. Die Migration nach Deutschland ändere sich dramatisch. „Gruppen, die noch vor ein paar Jahren kamen, wandern heute eher aus und Menschen aus anderen Regionen kommen mit unterschiedlichen Motiven nach Deutschland. Die Politik muss ihre Integrationsangebote also weiterhin flexibel gestalten.“

„Die MIPEX-Ergebnisse deuten allerdings auch auf Ambivalenzen hin, die ähnlich in der Gesellschaft zu finden sind,“ sagt Prof. Dr. Naika Foroutan vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität (BIM), das ebenfalls MIPEX-Partner für Deutschland ist. „Einerseits werden Berufsabschlüsse häufiger anerkannt und Integrationsangebote für Neuzuwanderer geschaffen, andererseits werden rassistische Straftaten noch immer nicht gesondert erfasst, Fälle von Diskriminierung nicht einheitlich statistisch erhoben und selten zur Anzeige gebracht“, so Foroutan. Ein anderes Beispiel für die Diskrepanzen sei, dass auch eine aktive Integrationspolitik nicht dazu geführt hat, dass die Bildungsungleichheit in Deutschland abgebaut wurde.

„Es ist dringend notwendig, Integration ganzheitlich zu denken und neben Arbeitsmarkt, Aufenthaltsrecht und Familienzusammenführung auch Maßnahmen gegen strukturelle Benachteiligung und Rassismus einzubeziehen“, sagt Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld. Positiv für die veränderte Sicht auf *Integration* sei, dass das Politikfeld Gesundheit in diesem MIPEX neu hinzugenommen ist. „Dies

verdeutlicht, dass die Integrationsfrage nicht nur in Deutschland ein *Work in Progress* ist“, so Zick.

Zahlreiche WissenschaftlerInnen vom Rat für Migration haben die Analyse des MIPEX mit ihren Expertisen unterstützt. Sie begrüßen, dass die im MIPEX erstellten Indikatoren *Integration* als strukturelle Aufgabe der Politik definieren. Die Studie folgt somit dem Paradigmenwandel, wonach Integration als Aufgabe der Gesellschaft verstanden wird und nicht auf eine Bringschuld von Migranten reduziert.

### **Handlungsempfehlungen:**

1. Antidiskriminierungspolitik und Engagement gegen Rassismus müssen konsequent als Arbeitsbereiche der Integrationspolitik verstanden und gefördert werden.
2. Bislang kennen wir das Ausmaß von sozialer und institutioneller Diskriminierung und rassistischen Straftaten (sog. *Hate Crimes*) nicht. Hierfür benötigen wir umfassende Untersuchungen. Eine bessere Datenerhebung haben übrigens auch die Vereinten Nationen kürzlich Deutschland nahelegt, damit es den Anforderungen der UN-Antirassismus-Konvention gerecht wird.
3. Die Chancenungleichheit im Bereich Bildung passt nicht zum Bild eines wohlhabenden Landes, wie Deutschland es ist. Bildung muss dem Prinzip der Gleichwertigkeit folgen. Gleiches gilt für den Gesundheitsbereich: Eine ganzheitliche Integrationspolitik muss auch zentrale Bereiche wie Bildung und Gesundheit diskutieren und steuern.
4. Integration findet vor Ort statt: Strukturschwache Kommunen, die einen hohen Anteil an Integrationskosten leisten, müssen stärker gefördert werden.
5. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen sollten stärker gefördert werden, wenn sie in zentralen Bereichen Arbeit leisten, die der MIPEX als schwach ausweist, wie Bildung, Gesundheit und Antidiskriminierung.
6. Wir brauchen eine Abkehr von einem Kontroll- und Sicherheitsparadigma in Zuwanderungs- und Integrationsfragen. Integrationspolitik muss in der Zuständigkeit von Ressorts liegen, die nicht vorwiegend mit Sicherheitspolitik befasst sind.
7. Der Rat fordert weiterhin die Einführung einer „Leitbild-Kommission“: Nach dem Vorbild traditioneller Einwanderungsländer brauchen wir ein republikanisches Leitbild für das Einwanderungsland Deutschland, an dem sich alle Bürgern und auch die Politik orientieren können, ohne eine Trennlinie zwischen „Migranten“ und „Einheimischen“ zu ziehen.
8. Der Transfer von Wissen aus der Wissenschaft in die Zivilgesellschaft ist schleppend. Wir brauchen – ähnlich wie in anderen wichtigen Bereichen – ein *Zentrum für Migrationsforschung und -gestaltung*, das Wissen bündeln, zuverlässige Daten sichten und mit Zivilgesellschaft diskutieren kann.

---

*Der Rat für Migration ist ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen. Seine zentrale Aufgabe sieht er u. a. darin, politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten.*